



Tarifkommission setzt für ihre Verhandlungen eine besondere Geschäftsordnung fest.

#### § 11. Gültigkeitsdauer.

Vorstehender Tarif tritt am 1. Juni 1905 in Kraft und gilt bis 31. Mai 1910. Wird der Tarif nicht 3 Monate vor Ablauf von der Mehrheit der tariffreien Prinzipale oder Gehilfen gekündigt, so verlängert er sich um ein Jahr.

#### § 12. Abänderungen.

Anträge auf Abänderungen einzelner Teile des Tarifs müssen mindestens vier Monate vor Ablauf desselben bei den Vorsitzenden der Tarifkommission eingereicht und von mindesten den vierten Teile der tariffreien Prinzipale oder Gehilfen unterstützt sein.

Die Beschlussfassung über die eingereichten Anträge ist von der Tarifkommission vor Ablauf des Tarifs herbeizuführen.

Sollte ein allgemeiner Tarif für das deutsche Steinruckergewerbe geschaffen werden, so erlischt, mit Inkrafttreten desselben, dieser Tarif.

## Bekanntmachungen.

### Achtung! Delegierte des D. Senef.-B.

Die gewählten Delegierten werden gebeten, ihre Adressen an den Unterzeichneten einzusenden zu wollen, damit in der Versendung des Berichtes der Kontroll-Kommission die in Cassel vorgeschriebene Zeit — 14 Tage vor der Generalversammlung — innegehalten werden kann.

I. A.: Joh. Hass, Berlin SO. 16,  
Engel-Ufer 15, III, Zimmer 25.

### An die Delegierten der Generalversammlung in Berlin.

Da sich bis jetzt erst wenige Delegierte gemeldet haben, so bittet die Kommission nochmals um schnelle Anmeldung, wann und wo die Kollegen in Berlin eintreffen. Die Kommission hat es sich zur Aufgabe gestellt, für möglichst gute und preiswürdige Logis Sorge zu tragen. Wir sind bereit, die Kollegen von den Bahnhöfen abzuholen und in ihre Quartiere zu geleiten. Erkennungszeichen: »Graphische Presse«. Diejenigen Delegierten, welche sich verspäten, mögen ihre Zuflucht zunächst zum Gewerkschaftshaus, Engelfur 15, vorne part. im Restaurant nehmen, dieselbst wird die Kommission anwesend sein, welche weitere Angaben macht.

Sämtliche Logis sind nunmehr zum Preise von 2 Mk. inkl. Kaffee festgemacht.

Das Empfangskomitee.

I. A.: Friedrich Rose, Vorsitzender, Berlin,  
Landsbergerstr. 16.

### An die Delegierten der

## General-Versammlung.

Obwohl eine ganze Anzahl Wahresultate schon bekannt sind, haben wir nur erst wenige Adressen der gewählten Kollegen erhalten. Wir bitten das Versäumte umgehend nachzuholen, damit unser Rechenschaftsbericht ausgehändigt werden kann.

Mit kolleg. Gruss

Für den Ausschuss:

Oskar Ries, Nürnberg, äuss. Bayreutherstr. 28 III.

### Zur Beachtung!

Bei jedem Stellungswechsel sind vorher bei der zuständigen Ortsverwaltung Erkundigungen einzuziehen. Die Ortsverwaltung antwortet mit vorgedruckten Karten und hat die Antwort sofort zu geschehen; etwaige Klagen nach dieser Richtung bitten wir uns sofort mitzuteilen. Ohne Vorlegung einer solchen Antwortkarte wird keine Unterstützung gezahlt. — Adressen-Verzeichnisse vom 10. Februar sind von den Verwaltungen zu beziehen. Der Vorstand.

### ACHTUNG!

Die Kollegen von Nürnberg, Fürth und Schwabach stehen in der Tarifbewegung. Es wird als bestimmt vorausgesetzt, dass die Kollegen an allen Orten wissen, was sie angesichts einer solchen Bewegung zu tun haben.

Jeder Uebertretung dieses Hinweises wird mit den statutarischen Massnahmen begegnet. Die Ortsverwaltungen werden dringend gebeten, die reisenden Kollegen entsprechend zu unterrichten.

Chemnitz. Wegen drohender Differenzen in der Erzgebirgischen Kunstanstalt in Zschopau, bitten wir die Kollegen vor Annahmen von Engagement erst Erkundigung einzuholen bei der Verwaltung Chemnitz: Hugo Röhring, Bernhardstrasse 27.

München. In der Firma F. Reichold drohen ernste Differenzen auszubrechen. Zuzug ist strengstens fernzuhalten.

Stuttgart. Hier drohen Differenzen auszubrechen. Zuzug fernhalten.

Graz. Vor Engagements nach hier wolle man Erkundigungen einziehen bei J. Herzog, Graz, Keplerstrasse 38 II.

### Achtung Chemigraphen!

In den Firmen Thedrau & Kraushaar und Himmel, Berlin, drohen wegen nicht Anerkennung des Tarifs Differenzen auszubrechen. Die beiden Firmen sind zu meiden.

Die Verwaltung Berlin II.

### Gesperrt die Firmen:

Berlin, Graphische Gesellschaft.

Nürnberg. Ammersdorfer Kunstanstalt,

Nürnberg. Konrad Günther, Adam-Kleinstr.

Lalonde Maillot in St. Amand.

Budapest: Firma Posner.

Budapest für Chemigraphen und Lichtdrucker.

Heinspoch: Firma Libsch jun.

### Schweiz.

Bern. Firma Siebenmann & Co. ist gesperrt. Zuzug streng fernhalten.

Freiburg (Schweiz). In der Kartonnagenfabrik Freiburg (Schweiz) H. Wilczek haben sämtliche Lithographen, Steindrucker und Buchdrucker die Arbeit niedergelegt. Zuzug ist streng fernzuhalten.

### Tarifamt für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker.

Berlin SW. 48, Friedrichstr. 239.

Diejenigen Herren Kollegen, die meinen am 27. vor. Monats zur Versendung gebrachten statistischen Fragebogen noch nicht an das Tarifamt zurückgeschickt haben, werden gebeten, dies nunmehr gefl. umgehend zu tun.

Albert Hehr, Gehilfenvorsitzender.

## Ein Kriegsrat gegen die Organisation.

Von einem unorganisierten Bundesmitglied ging mir folgender Bericht zu:

Herr Möhring eröffnete um 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr die am 27. März im Rosenthaler Hof zu Berlin tagende vertrauliche Versammlung mit dem Bedauern, dass nur einige 50 Kollegen erschienen seien; dadurch sei es in dem grossen Saale und auf der Theaterbühne direkt ungemütlich. Sie hätten sich aber nicht versammelt, um Theater zu spielen, sondern um bei der Verschmelzung zu retten, was noch zu retten sei. Die Hauptaufgabe bestände darin, die Delegierten zur Generalversammlung von ihrer Seite durchzubringen. Möhring gab dann bekannt, dass es ihm gelungen sei, die Wahlversammlung nochmals um 3 Tage hinauszuschieben, damit sie recht viel Zeit zur Agitation hätten. Diese fände nunmehr also erst am 7. April statt. Es müsse aber noch sehr intensiv gearbeitet werden, da es den Anschein hätte, als wenn nach dem Ausfall der Urabstimmung die Kollegen den Mut verloren hätten. Wenn auch nicht mehr viel zu machen sei, so müssten wir doch den Ruf der Intelligenzstadt Berlin dadurch retten, dass die Delegierten von unserer Seite nach der Generalversammlung gehen. Es wurden dann die Kandidaten aufgestellt und wurden vorgeschlagen: A. Schulz, Leuschner, Schmidt, Möhring, Oodzievsky, Karsch und Wildgrube und zu Ersatzleuten Klau und Lama. Möhring erklärte, er werde die Liste drucken lassen und mit einem Zirkular als Flugblatt verschicken.

Sodann verbreitete sich Möhring über die Aufgaben der Delegierten und betonte, dass dieselben auf der Generalversammlung zu dem ganzen Kleinkram nicht sprechen sollten, sondern nur zum Ausschlussparagrafen und den Uebergangsbestimmungen betriebs des Zwanges.

Er versuchte an zwei Beispielen nachzuweisen, dass auch ein Droschkenkutscher und Gemüschändler, der Mitglied im Bund sei, auf Grund der Ausschlussparagrafen ausgeschlossen werden könne, wenn der erste eine Streikfahre, der andere Streikbrechern Kohl bringe. Es wurde dann ein Zirkular verlesen, welches zur Delegiertenwahl verbreitet werden soll.

Herr A. Schulz sprach gegen Möhring betriebs der Beispiele; er meinte, sie passten nicht zur ersten Situation. Derselbe sprach scharf gegen den Rechts-

bruch, auch bedauernd, dass die Kollegen schon die Flinte ins Korn geworfen haben. Wenn wir nicht im vorletzten Akte unseres Sieges stecken bleiben wollen, dann müssen wir sehr intensiv arbeiten. Durch die Aufstellung und Wahl werde mancher der Delegierten eine Genugtuung für früher gebrachte Opfer empfinden. Wenn nicht die Agitatoren die mittleren Städte bearbeitet hätten, wäre das Resultat der Urabstimmung günstiger gewesen. Es gelte jetzt das Banner der Kollegialität wieder zu erheben und zu zeigen, dass die Alten, wenn sie auch reaktionär sein sollen, noch ihre Pflicht erfüllen. Die Männer, die die grossen Worte in der Organisation im Munde führen, sind nicht immer die besten. Man müsse am 7. April glorreich aus der Wahl hervorgehen. Leuschner sagte, dass die Gegner eine Stimme Majorität für sich ausnützen würden, wir müssen den letzten Mann heranziehen. Möhring berechnete, dass, wenn sie in Berlin gewählt würden, mindestens 12 Delegierte gegen die Verschmelzung auf der Generalversammlung sein würden und diese seien in der Lage, das Resultat zu ändern. In Cassel seien nach dem Proportionalwahlsystem nur 25 gegen 20 Stimmen für Verschmelzung gewesen. Er machte dann noch dunkle Andeutungen, dass ein Mitglied des Hauptvorstandes der Organisation einen Artikel gegen Verschmelzung geschrieben habe, der nicht in der »Gr. Pr.« aufgenommen sei. Herr Wildgrube schlug vor, das Zirkular nicht vor Mittwoch zu verbreiten, damit die Organisation nicht darauf antworten könne. Ein Vertreter der Photographen fragte an, ob auch sie gezwungen werden können, der Gewerkschaftskasse beizutreten; dieses bejahte Möhring. Zum Schluss wurde auf Bekanntmachung des Herrn Möhring nach einem Schreiben des Hauptvorstandes in Frankfurt Herr Leber zum Schriftführer (soll wohl heissen Protokollführer) für die Generalversammlung bestimmt. Eine weitere vertrauliche Versammlung wurde nicht mehr gewünscht.

So weit der Bericht. Der Verfasser betonte in seinem Begleitschreiben, dass, obwohl er nicht organisiert sei, ihn das ekelhafte Treiben von Möhring und Genossen zugunsten der Streikbrecher veranlasst habe, uns von diesen Vorgängen zu unterrichten.

Der Bruderkampf in unseren Reihen kann also nicht mehr überboten werden, obwohl jene Herren wissen, dass nach dem Ausfall der Urabstimmung ihre Arbeit nutzlos ist, obwohl sie selbst eingestehen, dass auch jedes Klagerecht hier ausgeschlossen ist, versucht man den Quertreiber aus Prinzip zu machen. Und all dieses — es klingt wie Hohn — unter dem Banner, die Intelligenzstadt Berlin vor »Schmach zu bewahren«. Nun, ich habe die Auffassung, dass unseren Berliner Kollegen nach Bekanntwerden dieses Berichtes die Schamröte ins Gesicht steigt, dass sie diesen Herren noch Gefolgshaft geleistet haben. Die Organisation, die für das Gesamtinteresse aller kämpft, deren Errungenschaften allen zugute kommen, wird hier von Leuten attackiert, die früher die berufensten Wortführer zu sein glaubten, die »die grossen schönen Worte« mit dem Feuer der Begeisterung in die Massen trugen, und heute elend und schiffbrüchig das Interesse der Egoisten und Kleinkrämer vertreten. Ein A. Schulz in der Mitte derjenigen, deren bestgehasteter Mann er früher war. Und das in einer Situation, wo das gesamte organisierte Unternehmertum einen Schlag gegen die Organisation zu führen gedenkt. In Leipzig Generalstreik! In Nürnberg — Stuttgart die Stille vor dem Sturm. In Nürnberg Hintanhaltung des Erfolges durch den Sonderverband, in Berlin Verhinderung des konzentrischen Zusammenschlusses und der Stärkung der Gesamtorganisation durch ein paar Kollegen aus Gründen und Motiven, die ich hier nicht näher untersuchen will. Herr Möhring, der auf Grund der materialistischen Geschichtsauffassung die Verschmelzung für eine geschichtliche Notwendigkeit, für ein Erfordernis der Zeit ansah, der im Gewerkschaftshaus am 23. Januar offen zugestand, dass durch die Verschmelzung die Gesamtheit einen Vorteil haben würde, versucht heute, das Proportionalwahlsystem gegen uns auszuspielen. Ja, meine Herren, wo haben Sie denn jemals den Proporz geübt? Bisher war es nur die Organisation, die es tat. Zudem ist die Tatsache selbst unwar, da die Urabstimmung sich nicht für und gegen die Verschmelzung richtete; sondern nur gegen deren Form. Und nun erst unser organisierter Herr Wildgrube, der den Herren iät, das Flugblatt erst am Mittwoch zu verbreiten, ja empfindet denn dieser Herr nicht das Schmachvolle seines Tuns? Fürchtet man so den sachlichen Kampf? Und erst dieser Unsinn betreffs der Photographen, die, soweit sie nicht zu den Reproduktions-Photographen gehören, unter die Ausnahmebestimmung fallen.

Und dann dieser Kampf gegen die Ausschlussparagrafen. Hier übertreift Berlin noch das reaktionäre Frankfurt; ich bitte jene Herren, sich den Antrag der Mitgliedschaft Frankfurt a. M., wo von 435 Bundesmitgliedern 115 organisiert sind, auf Seite 36 des Casseler Protokolls anzusehen. Wahrlich, in der Verschmelzungsfrage zeigt sich eine Anzahl Berliner Kollegen rücksichtlicher als die Mehrheit im preussischen Landtage. Der Kampf scheint diesen Herren alle Vernunft geraubt zu haben.

Aber alles bisher dagewesene wird übertroffen durch die Ernennung eines Protokollführers in einer geheimen Versammlung für die Generalversammlung, die doch mindestens in einer offiziellen Mitglieder-versammlung vollzogen werden müsste. Ja, wie will man das verantworten? Und dann ein Herr,

der von der ganzen Materie so gut wie keine Ahnung hat. Ich hoffe, dass die Generalversammlung hier einen dicken Strich macht.

Kollegen, das sind die Leute, die die Intelligenzstadt Berlin auf der Generalversammlung vertreten wollen.

Anmerkung der Redaktion. Bezüglich eines Artikels, der bei uns von einem Hauptvorstandsmitglied eingegangen sei, muss wohl ein Irrtum vorliegen. Ein solcher Bericht ist nicht eingegangen.

## Offene Antwort an Kollegen Lange in Frankfurt a. M.

Obgleich ich ungern mit dem Prinzip, mich im Verlaufe der Rechtsbruchaktion im Senefelder-Bund nicht in Zeitungspolemiken einzulassen, breche, so muss ich der ungewöhnlichen Form der offenen Anfrage eines Hauptvorstandsmitgliedes gegenüber doch in der gleichen Form erwidern. Lasse ich das Drum und Dran der offenen Anfrage ausser Betracht, so bleibt folgende genaue Formulierung:

»Wann und von wem hat Kollege M. das Schreiben des Hauptvorstandes erhalten und wie lautet dasselbe? Offiziell ist dies Schreiben nicht! Stammt es vielleicht privat von einem meiner »Freunde« (???) im Hauptvorstand?»

Obgleich ich nun gar nicht verpflichtet bin, solche Fragen eines einzelnen Hauptvorstandsmitgliedes zu beantworten, komme ich diesem Wunsche trotz seiner kategorischen Form, schon deswegen nach, um den darin versteckt liegenden Verdächtigungen entgegenzutreten.

Ich erhielt am 22. oder 23. März (datiert 21. 3.) einen Brief vom Vorsitzenden Kollegen Amler, der allerdings nicht »l. A.« oder »Vora.« unterzeichnet war. Dieser Brief enthält neben privaten Plaudereien, wie ich sie mit Freunden und insbesondere auch über Bundesangelegenheiten, stets wechselt, gewechselt habe und wechseln werde, die Nachricht, dass der Hauptvorstand nach § 54 einen Protokollführer aus der Berliner Mitgliedschaft zu haben wünscht und näheres noch vom Kollegen Dietrich würde geschrieben werden, wenn es nicht schon geschehen sei.

Ich hatte keine Veranlassung, diese Mitteilung des Vorsitzenden auch ohne die besonderen streng charakteristischen Merkmale einer amtlichen Mitteilung, nicht als für mich schon bindend zu betrachten und bemühte mich sofort, eine geeignete Person zu finden, denn von einer Wahl hier konnte ja nicht die Rede sein, da es sich nur um den Vorschlag einer geeigneten Person handelt, die nach § 54 v. n. der Generalversammlung zu wählen oder auch eventl. abzulehnen ist. Ein hierfür geeignetes Vorstandsmitglied lehnte seiner Stellungsverhältnisse wegen, die ihm keine Zeit lassen, ab und ich fand nun auf Nachfrage in der Versammlung meiner Freunde — denn bei meinen Oegnern danach anzufragen, müsste ich ja ablehnen — in Kollegen Leber eine geeignete Kraft. Diesem Vorschlag hat sich unser Vorstand angeschlossen und ich würde den Kollegen L. auch heute noch angelegentlich empfehlen, wenn es Kollege Lange nicht beliebt hätte, seine Person so stark zu engagieren. Ich muss jedoch bemerken, dass letzteres Moment, welches in dem nun am 1. März empfangenen wirklich amtlichen Auftrag ebenfalls enthalten ist, für mich bedeutungslos wäre, denn entweder der Hauptvorstand schlägt entgegen dem § 54 den Kollegen Lange vor und bringt ihn dann gleich mit; dann hätte ich mit der Sache überhaupt nichts zu tun gehabt — oder er beauftragt mich, wie geschehen — nach § 54 ein Mitglied in Berlin zu suchen, dann tue ich das ohne Rücksicht darauf, was mit dem Kollegen Lange nebher geht.

Dass das Schreiben des Vorsitzenden dem Kollegen Lange gar keine Autorität zugestehen scheint, oder vielmehr die darin enthaltene Mitteilung nicht offiziell war, scheint nun klar zu sein. Ich bin jedoch der Meinung, dass dieser Sturm gegen ein Nichts nur daraus zu erklären ist, dass Kollege Lange nicht mehr, wie ich, auf dem Boden des Frankfurter resp. Stettiner Antrages zu stehen scheint und auch ihn ein tiefes Misstrauen gegen die Bekämpfer des Rechtsbruches, zu denen ich zu gehören die Ehre habe, ergriffen hat; ein Misstrauen, welches diese unselige radikale Aktion erzeugt hat und von dem ich im Laufe der Zeit auch ein bedeutendes Quantum aufzunehmen gezwungen war. Was nun Kollege Lange für Freude mit und ohne Anführungszeichen im Hauptvorstand hat, entzieht sich meiner Kenntnis und kann ich daher auch nicht sagen, ob Kollege Amler sein Freund oder »Freund« ist.

Den Brief mit allen privaten Mitteilungen dem Wunsche des Kollegen L. gemäß im Wortlaut wiederzugeben muss ich — auch wenn es der Hauptvorstand als solcher verlangte — jetzt unmöglich ablehnen, da er nun als nicht offiziell zu betrachten ist und die Preisgabe solcher Briefe bekanntlich nicht eine anständige Handlung eines Adressaten ist.

Paul Möhring.

## Erklärung.

Unterzeichnete Körperschaft gibt hiermit die Erklärung ab, dass sie dem wiederholten »Brutus«-Artikel fernsteht und jedwede Verantwortung ablehnt. Die Tarifkommission von Nürnberg-Fürth-Schwabach: Fritz Billmann, Nik. Eichenmüller, Max Habel, Alfred Lindenbahn, Heinrich Peck, Michael Pfeifer, Oskar Ries, Richard Schwarz.

## Rechtsschutz-Verein von Mitgliedern des Deutschen Senefelder-Bundes.

Unter diesem Namen hat sich auf eine Anregung von Frankfurt a. M. ein Verein gebildet, der in diesen Tagen nach allen Orten, wo Berufskollegen vorhanden, Zirkulare und Anmeldefomulare verschickte, um Mitglieder zu werben. Wir greifen wegen Raummangel heute 2 Paragraphen heraus, werden aber die Statuten sowohl wie das Zirkular in nächster Nummer vollständig zum Abdruck bringen. Der § 1, der den Zweck und Sitz des Vereins bestimmt, besagt, dass die stattgehabte Urabstimmung und die Beschlüsse der General-Versammlung gerichtlich angefochten werden sollen. § 2 im Wortlaut: Zur Mitgliedschaft berechtigt sind nur Mitglieder des Deutschen Senefelder-Bundes, über deren Aufnahme der Vorstand. Durch die Mitgliedschaft wird keinerlei persönlicher Anteil an dem Vereinsvermögen erworben.

Der Beitrag beträgt monatlich 20 Pfennige.

Der Vermerk am Fusse der Anmeldefomulare lautet: Bitte gleich Beiträge zu erheben und zwar wenn möglich auf einige Monate voraus. Wer Geld zu verpulvern hat, trete ein.

## Korrespondenzen.

Korrespondenzen ohne Beidruck des Stempels der Zahlstelle oder Filiale finden keine Aufnahme.)

Berlin, V. Protokoll der Monatsversammlung vom 22. März. C. Bülow eröffnete die sehr zahlreich besuchte Versammlung um 8<sup>1/2</sup> Uhr und gab folgende Tagesordnung bekannt: 1. Stellungnahme zur Generalversammlung; 2. Aufstellung der Kandidaten zur Delegiertenwahl; 3. Verschiedenes. Der Vorsitzende ersucht die Versammelten, sich damit einverstanden zu erklären, den zweiten Punkt der Tagesordnung als ersten und den ersten als zweiten Punkt zu verhandeln, da der anwesende Kollege Sillier, dessen Zeit eine sehr beschränkte ist, über die Aufstellung der Kandidaten zur Delegiertenwahl, einige Worte zur Aufklärung beitragen möchte. (Zustimmung.) Nach Verlesung des Protokollbeschlusses Kollege Sillier das Wort und führt aus, dass die Berliner Chemigraphen und Kupferdrucker zusammen einen Wahlkreis bilden und 3 Delegierte zu wählen sind, von welchen die Chemigraphen den Kupferdruckern einen Delegierten abtreten wollen. Der Vorsitzende ersucht nunmehr um Vorschläge für die Delegiertenwahl. C. Wienerlein und Bülow werden vorgeschlagen, wovon letzterer mit Majorität gewählt wird. In die Wahlkommission wird C. Lorenz einstimmig gewählt. Bei dem nächsten Punkt der Tagesordnung wurden verschiedene Paragraphen des Entwurfs der neuen Statuten erörtert, u. a. wünscht die Versammlung, dass ihr Delegierter im Prinzip die Statuten anerkenne, dass man sich aber nicht zu sehr an Buchstaben klammere. Ferner beschliesst die Versammlung, das Mandat des Delegierten als ein ungebundenes zu betrachten und ersucht den Delegierten sich für die Branchenvertretung einzusetzen. Auch im Wesen der Krankenbesucher wünscht die Versammlung eine Aenderung die dahingehet, dass das mehr spitzelmässige Treiben abgestellt und mehr die sozialen Verhältnisse in Betracht gezogen werden, mithin auch die zu häufigen Ordnungsstrafen wegfallen. Unter Verschiedenes wird auf die Unterstützung der Matinee-Kommission aufmerksam gemacht. Sodann folgt ein Bericht des Arbeitsnachweises. Die Einhebung der erhöhten Lokalkassenbeiträge wird bis zur Verschmelzung verlängert. Mit einem Appell an die Versammelten, immer so zahlreich zu erscheinen und der Bekanntgabe, dass die nächste Versammlung am 12. statt am 19. März stattfindet, schliesst der Vorsitzende die obengenannte Versammlung um 11 Uhr.

Dresden, II, Lithographen. Monatsversammlung am 11. März. Nach Eröffnung der Versammlung teilt Kollege Giegling das Resultat der Urabstimmung im Senef.-Bund mit und wird dasselbe mit lebhaftem Bravo empfangen. Nach Auszählung der eingegangenen Stimmzettel ergibt sich, dass Kollege Giegling als Delegierter zur Generalversammlung gewählt ist. Unter Gewerkschaftlichem wird noch auf eine Agitation des sozialdemokratischen Bürgerkomitees zur Erwerbung des Bürgerrechts aufmerksam gemacht. Auch findet ein Antrag, das österreichische und Schweizer Bruder-Organ zu abonnieren, einstimmige Annahme. Schluss der gutbesuchten und sehr lebhaften Versammlung 9<sup>1/2</sup> Uhr. Die Anträge zur Generalversammlung sind schon in No. 13 zum Abdruck gekommen.

Kirchhain N.-L. Unsere Zahlstelle des D. Senefelder-Bundes veranstaltete am 27. März eine ausserordentliche Versammlung zwecks Besprechung der Aufstellung der Kandidatenliste der zu Ostern stattfindenden kombinierten Generalversammlung zwecks Verschmelzung des D. S.-B. mit dem Verein der L. St. u. B. D. Die Zahlstelle Kirchhain sieht von der Aufstellung eines Kandidaten ab und wird für den fortschrittlichen Kandidaten einer anderen Zahlstelle stimmen. Aus der Mitte der Versammlung ging folgende Resolution ein:

»Die versammelten Mitglieder des D. S.-B. nehmen Kenntnis von dem Resultat der Urabstimmung, bedauern, dass durch die jesuitische Fragestellung des Hauptvorstandes, so viele Kollegen kopfscheu gemacht wurden. Die Versammelten sind überzeugt, dass nur durch die Aufklärung welche der Vorstand des Vereins der Lithographen

und Steindruckers unter den Kollegen verbreitete, die Partei des Fortschrittes den Sieg über die Reaktion, sowohl in den Reihen der Mitglieder des Senefelder-Bundes als auch der reaktionären Mehrheit des Hauptvorstandes des D. S.-B. davongetragen hat. Die Zahlstelle Kirchhain wird den zu wählenden Delegierten beauftragt, entschieden gegen den Hauptvorstand des D. S.-B., welcher die Gelder der Mitglieder zu einer statutwidrigen Urabstimmung verschwendete, Front zu machen und erachtet es als das beste, den Sitz des Hauptvorstandes von Frankfurt nach einem den Geist des Fortschritts besser huldigenden Orte zu verlegen.«

Lübeck. Die am Sonnabend, den 25. März tagende gutbesuchte Versammlung beschloss, an die »Graph. Presse« einen Bericht einzusenden. Die Tagesordnung der Versammlung war: 1. Protokoll der letzten Versammlung, 2. Vortrag des Kollegen H. Schneider, Arbeitersekretär hieselbst, 3. Kartellbericht, 4. Geschäftsvorstands-Berichte (Firma H. Erdtmann und Fr. Ewers u. Co.), 5. Wahlkreiseinteilung (Protest), 6. Verschiedenes. Das Protokoll der letzten Versammlung wurde für richtig befunden. Der Vortrag des Kollegen H. Schneider, die Lehren des Bergarbeiterstreiks, erntete reichen Beifall. Im Kartellbericht ist nennenswertes nicht zu bemerken. Der Geschäftsvorstandsbericht der Firma H. Erdtmann (Inh. K. und G. Schalkhäuser) Etikettenfabrik, rief eine lebhaftige Debatte hervor. Es sind 6 Kollegen, sämtlich organisiert, in dieser Firma beschäftigt. Je 1 Lithograph und Maschinenmeister und je 2 Umdrucker und Fortdrucker. Letztere beiden arbeiten in Akkord und erzielen die horrenden Löhne von höchstens 21 Mk., durchschnittlich jedoch nur 17 bis 21 Mk. Der eine sogar nur 12—15 Mk. pro Woche. Grosse Heiterkeit und Entrüstung rief die Bemerkung des einen Kollegen hervor, indem er sagte, wenn ich auf der Landstrasse liege und betteln muss, hab ich nicht soviel, jetzt habe ich doch wenigstens meine 12 Mk. Ihm wurde natürlich die gebührende Antwort und ihm klar gemacht, was die Organisation ist und er zu tun hätte als organisierter. Da es anscheinend dem betreffenden Kollegen an Mut gebricht, die schauerhaften Missstände des Akkorddrucks selber abzuhelfen, sollten die Kollegen J. Briemaier und H. Schneider die Sache mit den Inhabern der Firma regeln. Doch sollen am kommenden Montag die beiden Akkorddrucker selbst vorstellig werden und Wochenlohn verlangen. Bei eventueller Ablehnung dieser Forderung, die beiden erstgenannten Kollegen, die Sache in die Hand nehmen und entsprechendere Schritte einleiten. Bei der Firma Fr. Ewers u. Co., Blechembellagenfabrik (Deutsche Kartonagenindustrie, A.-G., Sitz Dresden) soll eine Kontrolluhr eingeführt werden. Um dem vorzubeugen, fand eine Geschäftsversammlung statt. Beschlossen wurde, ein Schreiben an die Direktion zu senden, indem die Firma höflichst ersucht wird, die Lithographen und Drucker von der Benutzung der Stechuhr auszuschließen, da die Markenkontrolle genügt und diese Neueinführung doch nur eine neue Strafverschärfung bedeutet, denn es wird nur gestochene Zeit bezahlt. Wer jetzt nach dem Pfeifensignal kommt, muss für die ersten 10 Minuten 15 Pf., nachdem 30 Pf. Strafe und Arbeitszeitverlust bezahlen. Bei der Uhreneinführung würde man noch schlechter fahren. Angenommen, jemand kommt eine halbe Minute vor Beginn der Arbeitszeit, vor ihm sind noch ungefähr 10-15 Personen, so kommt er erst eine halbe Minute nach Arbeitsbeginn zum Stechen und hat folgenderweise 15 Pf. Strafe zu zahlen. Bis jetzt sind nur zwei Kollegen von der Benutzung der Uhr betroffen. Der das Schreiben überreichenden Kommission wurde erklärt, dass die Uhr erst versuchsweise aufgestellt sei. Die beiden betreffenden Kollegen wurden gebeten, diese Geschichte mitzumachen und würde bei eventueller Einführung der Uhren eine Geschäftsversammlung sämtlicher Arbeiter einberufen werden. Nebenbei bemerkt, herrscht grosser Arbeitsmangel. Von 13 Maschinen gehen 6, davon wurden 3 von gelernten und 3 von ungelerten Maschinenmeistern bedient. In der Umdruckerei wurden in letzter Zeit Entlassungen vorgenommen und erst heute wieder zwei Kollegen der Bescheid gesagt, sie möchten sich nach anderer Arbeit umsehen. Auch wurde schon mehrfach 8 statt 10 Stunden gearbeitet, Feiertage werden nicht bezahlt. Gerade in Lübeck ist noch manches zu bessern. Organisiert sind ungefähr gut  $\frac{1}{2}$ . Sodann wurde die Wahlkreiseinteilung einer äusserst scharfen Kritik unterzogen. Hamburg 270 Mitglieder, Neu-Ruppin 28, Kiel 21 und Lübeck 51, bilden einen Wahlkreis und wählen zwei Delegierte. Hamburg beansprucht zwei Delegierte, wie sollen dann die drei kleineren Zahlstellen zu ihrem Rechte kommen, da sie ja gut ein Drittel an Mitgliedern weniger sind als Hamburg allein. Die Hamburger Zahlstelle beharrte trotz unseres Ersuchens auf ihren Standpunkt, zwei Delegierte aufzustellen, trotzdem sie noch einen Bundesdelegierten stellen. Neu-Ruppin führt schon Beschwerde. Es wurde beschlossen folgende Resolution an die Generalversammlung zu senden:

»Die im Vereinshaus tagende Versammlung legt Beschwerde ein, gegen die ungerechte Wahlkreiseinteilung und hofft in Zukunft Besserstellung der kleineren Zahlstellen.«

Die Delegiertenwahl ergab für unseren Kandidaten 50 Stimmen, 1 Stimme für Klein-Hamburg. Das Wahlergebnis zeigt so recht, wie hier das Verhalten der Hamburger Zahlstelle, indem sie zwei Delegierte aufstellte und den kleineren Zahlstellen das Recht

